

Beschluss des Landrats vom 18.11.2021

Nr. 1239

36. eHealth Realisierung jetzt starten – Chance fürs Laufental nutzen! 2021/52; Protokoll: mko

Landratspräsidentin **Regula Steinemann** (glp) informiert, dass der Regierungsrat das Postulat ablehne.

Sven Inäbnit (FDP) ist gelinde gesagt etwas erstaunt, dass der Regierungsrat das Postulat ablehnt – es handelt sich ja nicht mal um eine Motion. Im Kanton Baselland wurde vor einigen Jahren in diesem Saal eine eHealth-Strategie verabschiedet. Es wurde damals zur Kenntnis genommen, welche Ziele der Regierungsrat beim Thema verfolgt. Es gäbe nun die einmalige Chance, die ersten Schritte in diese Richtung konkret zu unternehmen. Es geht nämlich nicht alleine um das elektronische Patientendossier, wie der Regierungsrat subtil schreibt. Dieses ist in der Tat verzögert und eine nationale Angelegenheit. Im Laufental existiert mit dem Regionalen Gesundheitszentrum nun aber eine neue Struktur in der Gesundheitsversorgung. Solche neuen Strukturen sind dafür prädestiniert, um dank ihnen den Weg in Richtung eHealth einzuschlagen, wobei klar ist, dass dafür das neue elektronische Patientendossier ein Schlüsselement darstellt. Es geht aber um viel mehr, es geht um Vernetzung der Leistungserbringer mit den Patienten, um Vernetzung der Leistungserbringer untereinander, und um die Gesundheitskompetenz der Menschen, was ein wichtiger Punkt im Hinblick auf eine effiziente Gesundheitsversorgung und die Stärkung des Gesundheitssystems in Zukunft darstellt.

Deshalb ist der Votant wirklich enttäuscht, dass sich der Regierungsrat dagegen sträubt, die Chance wahrzunehmen. Das Regionale Gesundheitszentrum steht bald vor der Eröffnung. Das Postulat wurde Anfang Jahr eingereicht. In der Zeit hätte man längstens mit den Beteiligten im Laufental, im Verbund mit den Leistungserbringern und dem Kanton, diskutieren können, ob sich die einzelnen eHealth-Elemente einbringen und propagieren liessen.

Natürlich könnte man eHealth auch in anderen Gegenden lancieren. Das Laufental bietet jedoch eine ideale Chance, auch weil es ein umrissener Raum ist. Warum wird denn eine eHealth-Strategie definiert, wenn der Kanton nicht bereit ist, Nägel mit Köpfen zu machen? Der Postulant bittet deshalb, sein Postulat zu überweisen. Eigentlich hätte er daraus eine Motion machen sollen, damit auch wirklich etwas passiert. Das Postulat ist jedoch ein guter erster Schritt, um zu schauen, welche Chancen es konkret gibt. Die Zeit rennt. Es wäre nun gut, im Hinblick auf die Realisierung des Regionalen Gesundheitszentrums diesen Schritt nach vorne zu unternehmen, was dem Kanton in der Diskussion um die Digitalisierung ganz gut anstehen würde.

Urs Roth (SP) sagt, dass auch für die SP-Fraktion die Stellungnahme des Regierungsrats zu sehr auf die verzögerte Einführung des elektronischen Patientendossiers fokussiere. Natürlich handelt es sich dabei um ein nationales Projekt und die Verzögerung ist zu bedauern. Es wäre jedoch in der Tat eine Chance, die zusätzlichen Fragen, die man sich im Baselbiet zum Thema eHealth-Strategie und der Umsetzung stellt, nun an einem konkreten Beispiel – dem Regionalen Gesundheitszentrum in Laufen – einzubringen, die Strategie zu forcieren, zu prüfen und zu unterstützen. Die SP-Fraktion wird den Vorstoss deshalb klar überweisen.

Michel Degen (SVP) führt aus, dass der Kanton Basel-Landschaft vor ein paar Jahren zwar eine eHealth-Strategie vorgestellt habe, eine Umsetzung nach Meinung der SVP-Fraktion jedoch nur dann möglich und sinnvoll sei, wenn auch die Vorgaben und Gesetze auf Bundesebene gegeben sind. Da sich das Projekt auf nationaler Ebene leider verzögert hat, konnte das elektronische Pati-

entendossier nicht schon im Jahr 2020 eingeführt werden. Nun aber eine Insellösung ohne diese Rahmenbedingung zu realisieren, würde mehr Probleme schaffen als lösen. Es ist zwar gut gemeint, aber eine Umsetzung kann erst dann erfolgen, wenn das Projekt auch auf Bundesebene umgesetzt ist. Da die Umsetzung angestrebt wird, kann man mit ein bisschen Geduld das elektronische Patientendossier hoffentlich schon bald erwarten. Die SVP-Fraktion lehnt das Postulat deshalb ab.

Marc Scherrer (CVP) hat, wie auch seine Fraktion, ein gewisses Verständnis für den Unmut. Die Verzögerung ist nicht ganz verständlich. Wenn der Votant die Antwort der Regierung richtig interpretiert, dann gibt es ein Problem bei der Zertifizierung der Stammgemeinschaften. Diesbezüglich hat der Votant eine Verständnisfrage. In der Begründung der Regierung heisst es: «Bei der Einführung des elektronischen Patientendossiers (ePD) handelt es sich um ein nationales Projekt, welchem mit dem Bundesgesetz über das elektronische Patientendossier (EPDG) eine nationale Gesetzgebung zugrunde liegt.» In der Strategie von eHealth, die einst verabschiedet wurde, heisst es hingegen: «Das ePD wird in der Schweiz nicht zentral, sondern dezentral eingeführt. Das bedeutet, es handelt sich dabei um einen Zusammenschluss von regionalen Umsetzungen.» Weiter unten heisst es dann: «Der dezentrale Ansatz hat Vorteile für Datensicherheit...» Der Votant versteht nicht, ob es nun mit der Zertifizierung der Stammgemeinschaften auf nationaler Ebene ein Problem gibt, was dazu führt, dass man eHealth nicht kantonal umsetzen kann – oder ist eHealth ein dezentrales Projekt, das zu keinen Abhängigkeiten führt und eigentlich schnell umgesetzt werden könnte? Ist das Letztere gegeben, ist die Frage durchaus berechtigt, weshalb es mit dem Thema nicht vorwärtsgeht. Es gibt eine zweijährige Verzögerung, was auch mit Corona zu tun hat. Das Gesundheitszentrum im Laufental wird jedoch nächstes Jahr eröffnet und es wäre eine verpasste Chance, würde man dies nicht nutzen, um eHealth dort einzuführen. Man muss aber Gewissheit haben, dass die Grundlage gegeben ist. Es erschliesst sich aufgrund der Antwort nicht, wo es hapert.

Rahel Bänziger (Grüne) kann vielen ihrer Vorredner zustimmen und versteht auch nicht, weshalb man sich dem verschliessen kann. Die Grüne/EVP-Fraktion wird der Überweisung des Postulats zustimmen. Bei einer eHealth-Strategie geht es nicht nur um das ePD, es geht um mehr. Es handelt sich weniger um eine Insellösung, als um ein Pilot-Projekt. Welcher Teil des Baselbiets eignet sich besser, um ein solches Pilotprojekt zu starten, als das fortschrittliche Laufental? Es gibt hier die Möglichkeit, dem Aufbau des Gesundheitszentrums einen Pilot anzuschliessen. Das ist eine Chance. Im Altersbetreuungs- und Pflegegesetz (APG) gibt es einen sogenannten «Experimentierartikel», wobei zu hoffen wäre, dass in der VGD etwas mehr Pioniergeist diesbezüglich herrschen würde.

Es ist richtig, so Regierungspräsident **Thomas Weber** (SVP), dass ePD und andere eHealth-Elemente nicht dasselbe seien. Der Votant hat jedoch den Eindruck, dass die Votantinnen und Votanten die Stellungnahme des Regierungsrats nicht zu Ende gelesen haben. Es heisst dort: «Ausserhalb des ePD sollen durchaus, zusammenfassend als eHealth bezeichnete, digitale Strukturen und Angebote eingeführt werden. Beispiele hierfür sind teleradiologische Befundungen, Telemedizin (z.B. Anästhesie- oder andere Sprechstunden via Video-Konferenz) oder auch Online-Terminvergabe für Sprechstunden. Den konkreten Aufbau dieser Lösungen erachtet der Regierungsrat jedoch als Aufgabe der Leistungserbringer und somit im vorliegenden Fall vornehmlich des ambulanten Regionalen Gesundheitszentrums Laufental des KSBL.»

Interessanterweise kommt nun von freisinniger Seite der Ruf nach mehr Intervention des Staats. Das bedeutet, dass dieser Geld in die Finger nehmen und Ressourcen bereit stellen müsste, und dies im Amt für Gesundheit, das im Moment mit der Pandemie beschäftigt ist, um dann etwas aufzupropfen, was die Leistungserbringer vielleicht gar nicht wollen. Der Votant bittet also um das

Vertrauen, dass digitale Lösungen erstens auf dem Vormarsch sind, dass zweitens die Leistungserbringer daran ein hohes Interesse haben und es drittens nicht sehr viel bringt, in dieser Angelegenheit staatlich zu intervenieren. Aus dem Grund kam der Regierungsrat zum Schluss, das Postulat abzulehnen.

Sven Inäbnit (FDP) fände es schade, wenn die Pandemie dazu führen würde, dass man nichts Anderes unternimmt und nicht in die Zukunft schaut. Die Zeit schreitet voran, die digitale Diskussion ist angelaufen, und der Regierungsrat weiss, dass die Schweiz der Entwicklung hinterherhinkt. Vor allem aber gibt es eine kantonale eHealth-Strategie. Die Haltung der Regierung liest sich so, als hätte man das Gesetz geschrieben und warte nun auf die anderen, es umzusetzen. Die FDP-Fraktion erwartet vom Regierungsrat nicht, den Leistungserbringern vorzuschreiben, was sie zu tun haben. Man könnte jedoch mit Koordinationsmassnahmen und sanftem Anstossen einen Schritt vorwärts machen. Die Leistungserbringer sind im Moment natürlich auch nicht wahnsinnig motiviert, weshalb es weniger Ressourcen und finanzielle Mittel, sondern einen Katalysator braucht, um der eigenen Strategie einen Schubs zu geben.

Die Bundeslösung, worauf die SVP setzt, gibt es schon lange. Es waren jedoch die Kantone, die mit ihren Stammgemeinschaften nicht vorwärts machten. Man braucht nicht auf eine nationale Gesetzgebung zu warten. Im Gegenteil – die nationale Gesetzgebung wird nächstens bereits wieder revidiert und es besteht weiterhin die Aussicht, dass die Leistungserbringer zum Mitmachen beim elektronischen Patientendossier verpflichtet werden. Es kann also keine Rede davon sein, dass man auf eine Bundeslösung warten müsse.

Den Postulanten freut es zu sehen, dass der Grossteil des Landrats hier Handlungschancen sieht und das Postulat unterstützen möchte. Dies gibt der Regierung die Gelegenheit, sich im Rahmen der Berichterstattung in dieses Thema zu vertiefen.

Klaus Kirchmayr (Grüne) möchte eine Lanze brechen für die liberalen Geister auf Seiten der FDP. Es ist durchaus liberal, wenn der Staat die richtigen Rahmenbedingungen setzt, damit die Leistungserbringung längerfristig günstig und effizient und kundenfreundlich und in guter Qualität erbracht werden kann. In dem Sinne ist ein etwas ambitionierteres und beschleunigtes Vorgehen beim Thema eHealth der richtige Weg. Die Chance, die in einem überschaubaren, begrenzten und sowieso neu zu gestaltenden Gesundheitsraum besteht, ist so ähnlich wie ein aufgelegter Penalty, den man eigentlich nutzen sollte. Das Postulat sollte deshalb deutlich überwiesen werden.

Marc Scherrer (CVP) dankt Rahel Bänziger für ihren Einsatz und ihr «Kompliment» ans Laufental. Dem Votanten ist immer noch nicht ganz klar, ob auf Bundesebene etwas besteht, das eine Umsetzung im Laufental verhindern würde. Handelt es sich nun um ein kantonales oder ein Bundesproblem? Zweitens die Frage: In der eHealth-Strategie heisst es, dass auf der VGD eine Person für 20 Stellenprocente dafür abgestellt sei. Damals war man der Meinung, dass dies ausreichen würde. Bedeutet das nun, dass im Falle einer Beschleunigung zusätzliche Ressourcen gesprochen werden müssten? Lag damals somit eine Fehleinschätzung vor?

Regierungspräsident **Thomas Weber** (SVP) bestätigt, dass beim elektronischen Patientendossier (ePD) tatsächlich ein regulatorisches Problem auf Bundesebene vorliege, und zwar die sogenannte doppelte Freiwilligkeit. Diese führt dazu, dass sowohl Patient/in als auch Leistungserbringer (v.a. die niedergelassenen Ärzt/innen) mitmachen müssen. Es handelt sich um einen Systemfehler, und solange dieser besteht, wird das ePD in der Schweiz nicht zum Fliegen kommen.

Hinzu kommt auf der operativen Seite, dass die Axsana (eine Aktiengesellschaft der Kantone, die sich um die Stammgemeinschaften kümmern soll) finanzielle Schwierigkeiten hatte. Weiter gab es mit der Zertifizierungsstelle der Stammgemeinschaften Probleme.

Soviel zum ePD. Auf dem Amt für Gesundheit beschäftigt sich eine Person mit dem Thema. Wenn

der politische Wille vorhanden ist, etwas auf die Beine zu stellen, wird sich der Regierungsrat natürlich nicht wehren. Der Votant gibt aber zu bedenken, dass man sich nicht Illusionen hingeben sollte, man hätte in drei Jahren schon gewaltige Fortschritte erzielt. Letztlich muss das Thema auf Akzeptanz auf Seiten Leistungserbringer und primär der Bevölkerung stossen. Dazu braucht es einen erleichterten Zugang und eine Verbesserung der Versorgung.

://: Mit 60:14 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird das Postulat überwiesen.
